



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

O.: Das preußische Memorial und die Mittelstaaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Werk an jedem einzelnen Menschen im Felde und daheim, sie macht bescheiden, denn sie lehrt, wie wenig das tapferste Thun des Einzelnen am Geschick seines Staates zu wenden vermag, aber sie macht auch jedem zweifellos, was seine Pflicht ist, und steigert ihm die Kraft, diese Pflicht im kleinen Kreise zu thun.

Und der Mann fühlt in solcher Zeit, daß auch das Wenige, was er für seinen Staat zu thun vermag, der beste Theil seiner irdischen Arbeit ist.

Das preußische Memorial und die Mittelstaaten.

Die vergangene Woche hatte das Friedenswerk scheinbar gefördert. Die schüchtern begrüßte Gesandtenconferenz nahm Miene an, sich noch vor ihrem Zusammentritt in einen stattlichen Ministercongreß zu verwandeln, und von Paris wurde verkündet, daß der Kaiser selbst die Berathungen zu eröffnen gedenke. Seitdem haben ein paar Nachrichten aus Oestreich die Hoffnungen größtentheils wieder verschleucht.

Es ist ja erklärlich, daß das Friedensbedürfniß der Bevölkerungen selbst schwache Ausichten gütlicher Beilegung sehnstchtig begrüßt; aber verständigerweise sollte man doch Art und Bedeutung der Streitpunkte erwägen, um vor Illusionen bewahrt zu sein, die die nächste Woche zerstört. Daß Conferenz und Congreß kein allmächtiges Heilmittel ist, hat man genugsam, auch vor dem orientalischen Kriege, erfahren; die Conferenz also ändert an der Lage nichts, ohne entscheidende politische Wandlungen kann die allgemeine Situation keine andere werden.

Seit drei Monaten treiben wir in den Krieg; zuweilen schien es dazwischen, als wollten die höher gehenden Bogen der Aufregung sich wieder beschwichtigen; im Grunde aber hat jede Woche mit harter Consequenz und weiter geführt. Darüber wird heute kein Zweifel mehr sein. Und die Gegensätze sind jetzt zu einer Schroffheit gediehen, daß ein friedlicher Ausgleich mit gegenseitiger Nachgiebigkeit unmöglich erscheint; das gäbe höchstens ein kaum einmal wünschenswerthes momentanes Vertuschen. Möglich ist die Erhaltung des Friedens nur noch bei entschiedenem Rückzug des einen oder des andern Theils. Man mag das bedauern, aber man kann es nicht ändern.

Preußen wird, so lange Graf Bismarck an der Spitze der Geschäfte steht,

diesen Rückzug voraussichtlich nicht antreten; voraussichtlich auch dann nicht, wenn Graf Bismarck einem liberalen Ministerium Platz machte; mindestens nicht in einem Sinne, der Oestreich befriedigen könnte. Und in Oestreich scheint jeder Systemwechsel, der die zugemutheten Opfer ohne vorangegangene Kriegsprüfung brächte, ganz undenkbar. Es ist kaum abzusehen, wie der Krieg zwischen Preußen und Oestreich (von Italien ganz zu schweigen) sich noch vermeiden lassen sollte; die schleswig-holsteinische Frage mag den Anlaß zum Conflict gegeben haben, jetzt aber handelt es sich in Wahrheit um die Hegemoniefrage in Deutschland. Wir haben nicht gewünscht, daß sie jetzt gestellt würde, aber da sie gestellt wird, können wir uns ihr nicht entziehen.

Es handelt sich also jetzt darum, Position zu nehmen. Und zwar tritt diese Frage zunächst an die Mittel- und Kleinstaaten. Sie soll ganz kühl und besonnen beantwortet werden; große Empfindungen geben in den Kreisen der Regierenden selten den Ausschlag, einfach ihre Interessen sollen zu Rathe gezogen werden.

Es ist in diesen Kreisen in hohem Grade die Sorge vorherrschend, von Preußen dereinst, wie man es nennt, verschluckt zu werden; eine böse Ahnung hatte sich der regierenden Herren (zumal der in der Machtsphäre Preußens gelegenen Länder) bemächtigt, daß ihre Herrschaft denn doch nicht bis ans Ende der Tage währen werde. Die Sorge war stärker, als sie unsers Erachtens gegenwärtig zu sein brauchte; aber gesetzt, sie wäre begründeter als sie ist, welche Mittel giebt es vorerst dagegen?

Darüber wird man sich doch keinen Illusionen mehr hingeben, daß für die Mittel- und Kleinstaaten das günstige Stadium des Balancirens zwischen Preußen und Oestreich vorüber ist. Es war bequem, bald mit der einen, bald mit der andern deutschen Großmacht zu gehen, mit Phrasen, die der Bundesreform günstig klangen, eine wirkliche Reform hinauszuschieben, des Bundestags Unfähigkeit gleichzeitig zu beklagen und zu befestigen. Diese vortheilhafte Lavirperiode ist vorüber; Graf Bismarck hat die Dinge auf einen Punkt geführt, von wo aus irgendeine Veränderung eintreten muß. Glaubt man nun im gegnerischen Lager seiner Sache so sicher zu sein, daß man Preußen nicht bloß für den Moment schädigen, sondern etwa auf die Hälfte seines Bestandes reduciren und zum Mittelstaat herabdrücken könnte, glaubt man auch Oestreichs dann überwiegenden Einfluß genügend in Schach halten zu können, glaubt man endlich im Stande zu sein, den seit zwanzig Jahren gewachsenen und immer bestimmter aufgetretenen Forderungen der Nation widerstandskräftig zu begegnen, — gut, dann ist es ein Kampf, der der Opfer lohnt; die regierenden Herren werden nicht erwarten, Sympathieen bei uns zu finden, aber wir werden ihren Interessenkampf dann wenigstens verstehen. Wer aber diesen Kampf aufnimmt, muß sich auch klar sein, daß er im Fall des Unterliegens für immer

unterliegt. Ein Hessen, ein Hannover, das wegen feindseliger Haltung von Preußen occupirt werden müßte, würde niemals wieder herausgegeben. Der Krieg wirft die morsche Bundesverfassung über den Haufen und schafft, was die Annexionisten wünschen: erobertes Land.

Wie anders, wenn man sich klug zurückhält! In diesen Tagen ist ein vertrauliches Memoire der preussischen an die andern deutschen Regierungen ergangen, die Bundesreform betreffend. Es heißt darin: „Es ist nicht die Masse der unberechtigten Forderungen, welche den revolutionären Bewegungen Kraft verleiht, sondern gewöhnlich ist es der geringe Antheil der berechtigten Forderungen, welcher die wirksamsten Vorwände zur Revolution bietet und den Bewegungen nachhaltige und gefährliche Kraft gewährt. Unbestreitbar ist eine Anzahl berechtigter Bedürfnisse des deutschen Volkes nicht in dem Maße sicher gestellt, wie es jede große Nation beansprucht.“ Es werden dann die maßvollen preussischen Reformvorschläge empfohlen, da sie eine Befriedigung der dringendsten Volkswünsche in geordnetem Wege ermöglichen. Was sie der Nation annehmbar und den meisten Regierenden verhaßt macht, ist freilich die Schaffung eines deutschen Parlaments, unter dessen Mitwirkung ihre weitere Ausbildung der Zeit und vernunftgemäßer Entwicklung überlassen werden kann. Aber man beantworte sich doch selbst die Frage, wie lange man noch des so häufig schon in Stunden der Noth verheißenen Parlaments thatsächlich wird entzathen können. Und man frage sich, ob man gegen die vermeintliche Ländergier Preußens immer so schützende Garantien haben wird, wie die preussische Regierung sie jetzt bietet, wenn sie in jenem Memoire fortfährt: „Was Se. Majestät den König persönlich anbetrifft, so liegt Allerhöchstdemselben nichts ferner, als Seine Bundesgenossen, die deutschen Fürsten, beeinträchtigen oder unterdrücken zu wollen. Allerhöchstderselbe will mit ihnen als Einer Ihres-Gleichen gemeinsam für die gemeinsame Sicherheit nach innen und außen sorgen, aber besser als bisher. Wer diesen ernstern Willen und das längst auf jenes Ziel gerichtete Bestreben Sr. Majestät als Ergebnis persönlichen Ehrgeizes schildert, der entstellt die Thatsachen, welche von Allerhöchstdessen Handlungs- und Sinnesweise offenes Zeugnis ablegen. Se. Majestät der König sind stets weit davon entfernt gewesen, einen Ehrgeiz zu hegen, der auf Kosten der Nachbarn und Bundesgenossen Befriedigung gesucht hätte, wenn Allerhöchstdieser auch nach mannigfachen Erfahrungen darauf verzichten müssen, die Verläumdungen zum Schweigen zu bringen. Se. Majestät beabsichtigen auch jetzt mit der Bundesreform nicht, den deutschen Fürsten Opfer anzufinnen, welche Preußen nicht ebenso im Interesse der Gesamtheit zu bringen bereit wäre.“ Und nun vergewärtige man sich, diesen Garantien gegenüber, an denen zu deuteln nicht erlaubt ist, was im Falle der Verwerfung und Abkehr von Preußen zu erwarten steht. Der Schluß des Memoire lautet nämlich: „Erst wenn Preußen

auf dem Wege der Verständigung am Bunde und mit den Regierungen alle Mittel vergebens erschöpft haben wird, um auch nur die nothdürftigsten Zugeständnisse zu erlangen, wird die königliche Regierung ihr enges Programm erweitern und auf neuen Wegen den Anforderungen der Nation in vollem Umfang gerecht zu werden versuchen.“

Wir meinen, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die regierenden Herren belehrt haben sollten, ob eine solche Erklärung Phrase oder ob ein entschlossener Wille dahintersteht. Mögen sie nur ihr Interesse befragen; steigt statt dessen leidenschaftlicher Haß, — so hat grade unsere Partei gewarnt und vorausgesagt, daß sie in ihr Verderben rennen.

Nicht gleich ist für alle Bundesstaaten die Gefahr, welche ihnen droht, sehr ungleich auch die persönliche Stimmung ihrer Regenten und die Haltung ihrer Minister. Daß Baden seine Pflicht gegen Deutschland im großen Sinne thun wird, davon ist man überzeugt; Hannover und Hessen bewahren eine eigensinnige Zurückhaltung, welcher jeder Entschluß unbequem ist. Aber mit der gespanntesten Erwartung hasteten bis jetzt die Blicke an Sachsen und Bayern. Was von ihnen begehrt wurde, ist Verhinderung oder doch Beschränkung eines unvermeidlichen Krieges durch eine feste und loyale Neutralität, welche Preußen eine Garantie giebt, daß es nicht durch die letzten Motive der Selbsterhaltung zu Uebergriffen genöthigt ist. Wenn wir frohen Anzeichen vertrauen dürfen, so hat Sachsen sich bereits für solche Politik entschieden. Möge diese weise Wahl auch auf den Entschluß der übrigen Staaten wohlthätigen Einfluß üben. Vor allem ersehnen und hoffen wir eine gute Wahl von Bayern.

D.

Italien zur Zeit der wiener Verträge.

Nicomede Bianchi, Storia documentata della diplomazia europea in Italia dall' anno 1814 all' anno 1861. Vol. I u. II. Torino, 1865.

Italien befand sich beim Sturze Napoleons in einer völlig anderen Lage als Deutschland. Für uns stand die Befreiung von der Fremdherrschaft über jeder anderen Rücksicht. Für Italien war, wie es mit der französischen Invasion nur die Fremdherrschaft gewechselt hatte, so nach dem Zusammensturz des Kaiser-